

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

18.11.1931 (No. 269)



Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach 100, Karlsruhe, Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Krenn, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. Postgeb. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen intensiver Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im neuen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Untertagte Druckmaschinen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Wunsch schriftlich erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Brauerei, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Konferenz der Innenminister Bekämpfung des politischen Terrors

Die Verhandlungen der Innenminister der Länder in Berlin beim Reichsinnenminister, haben am Dienstag nicht zu feiten Beschlüssen geführt. Es war von vornherein beabsichtigt, nur die Richtlinien zu erörtern, die für die Innenpolitik und für das Vorgehen der Polizei in der nächsten Zeit zu beobachten sein werden. Dabei ist in der Debatte der unbedingte Wille zum Ausdruck gekommen, Terrorakte, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Im allgemeinen wurde die kommunistische Tätigkeit in dieser Hinsicht als besonders gefährlich betrachtet, wie das ja auch schon aus der einleitenden Rede des Reichsinnenministers hervorging. Über die Möglichkeit eines Verbots der KPD, die Möglichkeiten, das Waffenverbot zu verschärfen, den Gedanken eines generellen Uniformverbots für das ganze Reich usw., handelte es sich für den Reichsinnenminister zunächst nur darum, die Auffassungen der Länderminister zu hören. Nicht unwichtig ist, daß offenbar die genaue Prüfung der Situation ergeben hat, daß alle heunruhigenden Gerüchte über angebliche Aufschüchternen völlig unbegründet sind, daß solche Gefahren nicht bestehen, auch nicht von links her, und daß außerdem die staatlichen Maßnahmen völlig ausreichend sind, neu auftauchende Gefahren zu bekämpfen.

Der Reichsinnenminister führte in seiner einleitenden Rede noch aus, er wolle die Aufmerksamkeit auf einige Ereignisse richten, gegenüber denen ein schärferes Vorgehen unbedingt erforderlich erscheint. Das sind in erster Linie die Terrorakte, Morde und andere Gewalttätigkeiten an politischen Gremien, die sich erschreckend gehäuft haben und zu einer Kulturschande für Deutschland geworden sind. Es ist dringend erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhindern. Es wird den Herren aus der Presse bekannt sein, daß sich die Nationalsozialisten wegen der Morde, die in der letzten Zeit besonders gegen K. Leute begangen worden sind, an den Reichspräsidenten gewandt haben und der Reichspräsident hat mich gebeten, diesen Überfällen und politischen Morde meine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Außerdem habe ich von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die von der KPD mit allen Mitteln und in größtem Umfang betriebene Zerschlagungstätigkeit gegen Reichswehr und Polizei. Sie werden mir zustimmen, wenn ich in dieser Zerschlagungstätigkeit eines der gefährlichsten Angriffsmittel gegen den bestehenden Staat sehe. Brechen die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Die KPD ist sich auch, wie aus zahlreichen Beispielen belegt werden kann, ganz klar darüber, daß die Zerschlagungstätigkeit an den zur Verteidigung des Staates berufenen Organen die wesentlichste Vorbedingung für das Gelingen eines Umsturzes ist. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß die jetzt solche Zerschlagungsversuche — von wenigen tiefbedauerlichen Ausnahmen abgesehen — an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Injere Aufgabe muß es sein, solche Versuche nach Möglichkeit zu verhindern. Ich habe kürzlich bei dem preussischen Minister des Innern angeregt, der kommunistischen Zerschlagungsarbeit durch zentrale polizeiliche Abwehrmaßnahmen entgegenzuwirken.

Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Überblick über die politische Situation in ihren Ländern. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

### Erleichterungen für den Grenzverkehr

Das Reichswirtschaftsministerium hat gestern auf Grund der 6. Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung Erleichterungen für den Grenzverkehr getroffen. So entfällt die Eintragungspflicht in den Reisepaß im Grenzverkehr: bei Umwechslung von Beträgen bis zu 30 RM wöchentlich durch Geldankassen in Grenzorten, und bei Umwechslung von Beträgen bis zu 50 RM im Umwechslungsverkehr in den Eisenbahnzügen durch Angestellte der Deutschen Verkehrsbank.

Keiner besonderen Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen bedarf es im Grenzverkehr. Bei der Umwechslung des Vermögens von eingeführten Waren durch ausländische Besucher deutscher Grenzmärkte bis zum Betrage von 200 RM für jeden Markttag, bei der Umwechslung von Reichsmarktbeträgen durch Personen, die regelmäßig Arbeitslöhne, Gehälter, Renten oder ähnliche Bezüge aus inländischen Quellen beziehen, ihren ständigen Wohnsitz im ausländischen Grenzgebiet haben und regelmäßig die Grenze an einer bestimmten Stelle überschreiten, bis zum Höchstbetrage von 1000 RM im Monat, und bei Umwechslung von Beträgen durch im ausländischen Grenzgebiet ansässige Personen, wenn die Beträge von einem freien Guthaben bei einer im inländischen Grenzgebiet ansässigen Geldanstalt stammen, bis zum Betrage von 500 RM je Monat.

Ferner sind zur Erleichterung des Reiseverkehrs für Ausländer und Beauftragte von Firmen, die im Besitz einer allgemeinen Genehmigung sind, Vorkehrungen getroffen, die sie vor Weiterungen bei der Revision ihrer legitim mitgeführten Reichsmarkts- und Devisenbestände schützen sollen, wenn sie Deutschland verlassen.

### Letzte Nachrichten

#### Die Pariser Verhandlungen

##### Um die Einberufung des Sonderausschusses

W.B. Paris, 18. Nov. (Tel.) Über die Verhandlungen, die Volschäfer von Soesich wegen der Einberufung des Beratenden Sonderausschusses führt, dessen Aufgabe darin besteht, die Leistungsfähigkeit Deutschlands nachzuprüfen, werden in der französischen Presse seit einigen Tagen phantastische Meldungen verbreitet, aus deren Inhalt sich ergibt, daß sie von keiner amtlichen und unterrichteten Stelle stammen können. Die Verhandlungen werden aktiv fortgesetzt. Volschäfer von Soesich hatte gestern Abend eine neue Unterredung mit Finanzminister Klaudivin, jedoch sind die Verhandlungen noch nicht als abgeschlossen zu betrachten. In französischen unterrichteten Kreisen nimmt man jedoch an, daß die Vorverhandlungen für die Einberufung des Sonderausschusses baldmöglichst zu einem Ergebnis führen werden.

##### Amerika und die Reparationsfrage

W.B. New York, 18. Nov. (Priv.-Tel.) Die Frage Bankrotverfahren, sie seien durchaus bereit, bei der Unternehmung der deutschen Zahlungsleistung mitzuwirken. Man erwartet, die Federal Reserve Bank in New York werde demnächst zwei Mitglieder für das Volschäfer Komitee ernennen, wobei als besonders wünschenswert bezeichnet wird, daß auf diese Weise bei den Auseinandersetzungen über Reparationsschulden und Privatschulden auch die amerikanischen Gläubiger dieser letzteren Gruppe im Prüfungsausschuss vertreten sind.

##### Konferenz Caval-Simon

W.B. Paris, 18. Nov. (Tel.) Der Staatssekretär des englischen Foreign Office, Sir John Simon, hatte gestern mit Ministerpräsident Caval eine Aussprache. Nach dem „Echo de Paris“ soll Sir John Simon in der Frage der Reparationen und kurzfristigen Kredite einen anderen Standpunkt vertreten haben, der von dem Standpunkt Baldwin's, wie er ihn im Unterhaus entwickelt hat, und den die französische Regierung sich nicht zu eigen machen könne, abweicht. Immerhin würden noch Verhandlungen notwendig sein, falls die englische und französische Regierung einen Ausgleich ihrer Ansicht über die Frage der Reparationen und Privatschulden fänden.

### Grandi in Washington

#### Amerika und Italien zu den politischen Hauptfragen

W.B. Washington, 18. Nov. (Tel.) Staatssekretär Stimson gab am Dienstagabend zu Ehren des italienischen Außenministers Grandi ein Essen, zu dem die Mitglieder des Kabinetts sowie die Volschäfer Deutschlands, Frankreichs und anderer Mächte eingeladen waren. Die Unterredung zwischen Präsident Hoover und Grandi wurde, da dessen getrigertes Programm zu überladen war, auf heute früh verschoben.

Der bekannte politische Journalist Sordis, der dem Senator Borah nahesteht, teilte gestern im Rundfunk mit, daß Borah auch mit Grandi die Frage des politischen Korridors erörtert habe. Sordis charakterisierte die Einstellung Amerikas und Italiens gegenüber einer Revision der im Versailles Vertrag festgelegten Grenzen Deutschlands und Italiens, gegenüber einer neuen Regelung der Reparationen und gegenüber der Abrüstung, identisch. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Amerika und Italien irgendwelche Abmachungen hierüber treffen oder in Genf eine Einheitsfront bilden würden, sondern man könne lediglich feststellen, daß Amerika und Italien nicht parallel laufen. Parallele trafen sich bekanntlich nicht, aber Amerika und Italien marschierten in derselben Richtung.

### Vorübergehendes Unwohlsein Briands

W.B. Paris, 18. Nov. (Priv.-Tel.) Briand machte bei der gestrigen Interpellationsdebatte in der Kammer über die auswärtige Politik der Regierung einen sehr mühen Eindruck. Wie man jetzt erfährt, war er von einem Unwohlsein befallen worden, so daß der Kammerpräsident deswegen die Sitzung einen Augenblick unterbrach. Briand benutzte die Gelegenheit, um sich in einem besonderen Raum des Kammergebäudes zu erholen und alsdann an der Sitzung wieder teilzunehmen.

### 800 000 Arbeitslose in Italien

W.B. Rom, 18. Nov. (Tel.) Die Zahl der Arbeitslosen ist in Italien im Monat Oktober um 52 000 auf fast 800 000 gestiegen, darunter rund 610 000 männliche und 190 000 weibliche Arbeitslose. Rund 230 000 entfallen auf das Baugewerbe, 182 000 auf die Landwirtschaft, 96 000 auf die Textil- und 76 000 auf die Metallindustrie.

### Die jüdischen Auswanderungen in Polen

W.B. Warschau, 18. Nov. (Tel.) Die jüdischen Auswanderungen in Polen hielten an. Gestern kam es zu antisemitischen Kundgebungen in Gonetochan, wo in jüdischen Geschäften die Schaufenster eingeschlagen wurden. Auch in Kolnisch-Leschen wurden in mehreren jüdischen Geschäften gleichfalls die Schaufenster eingeschlagen. Polizei trieb mit aufgeflogentem Bajonett die Demonstranten auseinander. In Warschau wurden gestern in den Straßen Flugblätter einer jüdischen Liga „Zum grünen Band“ verteilt. In diesen Flugzetteln werden die Polen aufgefordert, bei den Juden nichts zu kaufen, keine gesellschaftlichen Beziehungen mit den Juden zu unterhalten und für den Numerus clausus an den Hochschulen zu kämpfen. Bei den letzten Kundgebungen trugen zahlreiche polnische Nationalisten ein grünes Bändchen im Knopfloch.

### Primitivfiedlung statt Wohnungsbau

Von Dr. Hugo Ranfen

Man muß der Tatsache ins Auge sehen, daß der Wohnungsbau künftig sehr stark gedrosselt werden wird. Der Wohnungsbedarf der wohlhabenden und mittelständischen Bevölkerungsschichten ist im wesentlichen gedeckt; wenigstens ist zu den Kreisen, zu denen heute solche Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können, ein Bedarf nicht mehr vorhanden. Es ist außerdem fast überall infolge der wirtschaftlichen Not eine Flucht aus den Groß- und Mittelwohnungen in die Kleinwohnungen festzustellen. Das Reich hat deshalb schon vor einiger Zeit die Parole ausgegeben, daß mit öffentlichen Mitteln nur noch Kleinwohnungen gebaut werden sollen. Aber obwohl sehr zahlreiche Familien, die früher mittlere und große Wohnungen bewohnt haben, in kleine Wohnungen übersiedeln, ist auch eine Nachfrage nach Kleinwohnungen im allgemeinen kaum mehr festzustellen.

Das liegt freilich nur daran, daß zahlreiche minderbemittelte Familien infolge Arbeitslosigkeit des Ernährers oder wegen ungenügenden Einkommens auch ihre kleinen Wohnungen nicht mehr halten können, weil die gegenwärtigen Mietpreise im Verhältnis zu der Einkommenslage oder zu dem Unterhaltungsbedarf der Erwerbslosen eben beträchtlich zu hoch sind. So kommt es, daß auch für die Neubauwohnungen, die mit Zinszuschüssen der öffentlichen Hand gebaut werden, nicht mehr genügend Reflektanten vorhanden sind, es sei denn natürlich, daß man die Mieten noch weiter unter die der Altimwohnungen senken würde. Auf der anderen Seite braucht die öffentliche Hand die Gelder, die bisher für den Wohnungsbau verwendet wurden, dringend für eigene Zwecke. Durch die Notverordnung vom 6. Oktober dieses Jahres wird eine Senkung der Hauszinssteuer um 20 Proz. vom 1. April 1932 ab vorgeschrieben. Dadurch wird bereits automatisch derjenige Teil der Hauszinssteuererträge, der bisher für Wohnungszwecke verwendet wurde, erheblich vermindert. Aber die genannte Verordnung gibt außerdem den Gemeinden die Ermächtigung, im laufenden Jahre über den Wohnungsbaubestand an dem Hauszinssteuereinkommen anverweilt zu disponieren, und endlich soll auf Grund der gleichen Verordnung ein Teil des Hauszinssteuereinkommens künftig zu Umschulungszwecken Verwendung finden.

Für den Wohnungsbau wird also fortan nur noch ein recht kleiner Teil der Hauszinssteuererträge zur Verfügung stehen, und selbst dieser Teil wird eine weitere Kürzung dadurch erfahren, daß auch für die Erwerbslosenfiedlung Hauszinssteuermittel bereitgestellt werden sollen. Was dann noch für den städtischen Wohnungsbau übrig bleibt, dürfte nicht allzuviel sein. Man kann daraus nur den Schluß ziehen, daß der Wohnungsbau in seiner bisherigen Form eine außerordentlich starke Einschränkung wird erfahren müssen, und daß er weder für den Wohnungsmarkt noch für die Bauwirtschaft künftig von großer Bedeutung sein wird.

An die Stelle des Kleinwohnungsbaues, wie er bisher in Gestalt der Errichtung städtischer Mietgroßhäuser betrieben wird, wird von nun an die Primitivfiedlung, sei es die vorstädtische Erwerbslosenfiedlung oder die landwirtschaftliche Fiedlung treten. Diese neuen Formen der Fiedlung sollen aus Hauszinssteuermitteln finanziert werden, und zwar aus demjenigen Teile des Hauszinssteuereinkommens, der bisher für Wohnungsbauzwecke verwendet wurde. Die landwirtschaftliche Fiedlung soll in den einzelnen Ländern einem besonderen Staatskommissar unterstellt werden. Für die Primitivfiedlung und die Erwerbslosenfiedlung wird ein besonderer Reichskommissar eingesetzt werden, der unmittelbar dem Reichsminister untersteht. Ihm wird auch das Recht der Enteignung von zur Fiedlung geeignetem Land natürlich gegen angemessene Entschädigung — in die Hand gegeben werden. Um diese geplante großzügige Fiedlung durchzuführen, wird man natürlich zahlreiche neue Kleinhäuser für die Siedler errichten müssen. Im Bau dieser ländlichen Fiedlungshäuser wird die deutsche Bauwirtschaft in den nächsten Jahren einen Ersatz für den gedrosselten Wohnungsbau suchen und finden.

Es ist freilich nicht daran zu denken, daß nun für die Zehntausende von Siedlern, die in möglichst kurzer Frist teils auf dem flachen Lande, teils in der nächsten Umgebung der Groß- und Mittelstädte angesiedelt werden sollen, Einfamilienhäuser mit dem in den Städten heute üblichen sogenannten Komfort (Zentralheizung, Warmwasserheizung, Waschküche usw.) errichtet werden können. Vielmehr wird man in der Regel die sogenannte Primitivfiedlung anwenden müssen. Das bedeutet, daß den Siedlern nur ganz einfache Wohnhäuser zur Verfügung gestellt werden können, deren Preis sich nach den vorliegenden Plänen auf höchstens 2000 bis 3000 RM stellen soll. Der Bau solcher einfacher Fiedlungshäuser, für den die öffentliche Hand in der Regel den Zinsen- und Tilgungsdienst zum größten Teil übernehmen müssen, soll ferienweise, also gewissermaßen fabrikmäßig durchgeführt werden. In den meisten Fällen wird es möglich sein, daß die angesiedelten Erwerbslosen selbst ihre Arbeitskraft für die Fertigstellung des eigenen Hauses verwenden, soweit eben nicht eine fabrikmäßige Herstellung der einfachen Häuser sich billiger stellt.

Der Bau von Primitivfiedlungen erfordert selbstverständlich geringere Kosten als die Errichtung von großstädtischen Wohnhäusern. Er bietet den Siedlern außerdem den Vorteil, daß sie zum mindesten einen Teil des Lebensunterhalts für sich und ihre Familien aus dem eigenen Fiedlungslande gewinnen können. Man hofft, daß es bei der Fiedlung auch möglich sein wird, durch schnellere Tilgung der borgegebenen Baugelber den Kreislauf der aus der Hauszinssteuer flie-

Mit der Beilage: Amtliche Gewinnliste der 8. Geldlotterie zur Wiederherstellung des Freiburger Münsters



den öffentlichen Mittel zu beschleunigen und dadurch wieder Gelder für weitere Siedlungsbauten freizumachen. Die Lösung dieses Problems wird in hohem Maße davon abhängen, ob es in der Praxis möglich sein wird, den Siedlern für 2000 bis 3000 M geeignete Wohnstätten zu erstellen.

Versuche, die z. B. in Brandenburg an der Havel mit dem Bau solcher primitiver Siedlungshäuser für Erwerbslose gemacht worden sind, werden günstig beurteilt. Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, daß noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, bis es möglich sein wird, Zehntausenden von Minderbemittelten und Erwerbslosen auf diese Weise zugleich Wohnung und Siedlungsland zu geben. Erweist sich das Problem der Primitiviedlung jedoch als lösbar, so wird sowohl in bezug auf den Wohnungsbau als auch hinsichtlich der Arbeitslosen-Selbsthilfe ein wichtiger und entscheidender Schritt getan sein.

### Französischer Fünfjahresplan für Europa

#### Beseitigung der Handelsbarrieren — Die europäische Zollunion

Paris, 18. Nov. (Tel.) Der französische Studienauschuß für die europäische Zollunion hielt gestern unter dem Vorsitz von Le Troquer eine Sitzung ab, um zu prüfen, in welcher Form er der Aufgabe nachkommen könne, seine private Hilfe für die Arbeiten des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses zur Verfügung zu stellen.

Die wesentliche Bedingung für den Frieden und ihre logische Ergänzung sei die Beseitigung der Handelsbarrieren durch Zollunion. Der Studienauschuß nahm die Grundlagen eines Expofees an, das der Generaldelegierte, Lucien Coquet, in Form eines Fünf-Jahr-Plans für Europa ausgearbeitet hat. Dieser Plan würde zwei Mittel ins Werk zu setzen suchen, nämlich einmal die allmähliche Herabsetzung der Zölle und auf der anderen Seite die Kontingentierung. Die ersten beiden Jahre würden dazu dienen, ein dokumentarisches und statistisches Amt zu schaffen und arbeiten zu lassen sowie auch ein Kompenzierungs- und Arbitrageamt, das die Möglichkeit bieten soll, alle diejenigen voll zu beruhigen, die befürchten, daß eine Zollunion, selbst wenn sie nur allmählich durchgeführt werden würde, gewisse künstliche Industrien, die bisher nur dank dem Schutzoll bestanden hätten, schädigen könnte. Die letzten drei Jahre des Fünf-Jahr-Planes würden dazu verwendet werden, gegenseitig allmählich die Zollbarrieren abzubauen, und zwar im Verfolg der Empfehlung der internationalen Wirtschaftskonferenz von 1927.

Der Ausschuß brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß die deutsch-französische Wirtschaftskommission sich mit der Durchführung größerer internationaler Arbeiten öffentlicher Industrie beschäftigen möge, wobei sie den Behörden die Sorge überlassen solle, zu prüfen, in welcher Reihenfolge diese Arbeiten in Angriff genommen werden könnten.

### Kurze Nachrichten

**Sozialdemokraten beim Reichskanzler.** Reichskanzler Dr. Brüning empfing Dienstagabend die führenden Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die umfangreiches Material vorlegten, durch das der Nachweis geführt werden soll, daß führende Nationalsozialisten zu Mordtaten und Terror aufreizten. Das Material soll dem Reichsinnenministerium übermittelt und dort sorgfältig geprüft werden.

**Verurteilungen des Wahlprüfungsgerichtes.** Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die der Prüfung der letzten Reichstagswahl in den Wahlkreisverbänden Schlesien, Niedersachsen, Hessen und Bayern-Nordwest gewidmet war. Die Wahlen in diesen vier Verbänden wurden für gültig erklärt.

**Bisher 230 Millionen Reichsmark Reichsbahnanleihe.** Die Zeichnungen auf die Reichsbahnanleihe belaufen sich nach dem heutigen Stande, wie wir aus Kreisen der Reichsbahnhauptverwaltung erfahren, auf 230 Millionen.

**Hochverratsverfahren gegen Goebbels.** Der Oberreichsanwalt hat, wie die Blätter berichten, gegen den Berliner nationalsozialistischen Führer Goebbels die öffentliche Klage wegen Hochverrats durch Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung erhoben. Die Voruntersuchung ist abgeschlossen. Dr. Goebbels wird u. a. vorgeworfen, daß er in der Zeitschrift „Kampfbote“ eine Reihe hochverräterischer Ausführungen gemacht haben soll.

**Snowden zum Lord ernannt.** Snowden hat den Titel Viscount erhalten. Er wird dadurch seine parlamentarische Tätigkeit im Oberhaus weiter ausüben können.

### Kunst in Karlsruhe

#### Ausstellung im Badischen Kunstverein

Albert W. Hofmann, Karlsruhe, zeigt in den Bildern, die er jetzt im Badischen Kunstverein, Karlsruhe, ausgestellt hat, Begabung für Dekoratives. Sie sind recht flüchtig gemalt, aber sie lassen kalt. Es fehlt ihnen die innere Wärme. Das Ganze ist nachgeahmter Geiz ohne neue Sachlichkeit. Am ehesten mögen noch einige der Landschaften passieren. Die Porträts dagegen sind ohne künstlerische Feinheit gemalt. Einen Fortschritt der deutschen Malkunst bedeuten diese Gemälde nicht. Kein einziges zeigt den Ausweg aus der Sackgasse, in die sich unsere zeitgenössische Malerei verirrt hat.

Ein Maler, der berufen wäre, einen solchen Ausweg zu zeigen, ist der Karlsruher Hermann Kupferschmid, durch seine Graphiken schon seit Jahren rühmlich bekannt. Kupferschmid hat Gebirgslandschaften in Tempera gemalt; er nennt sie selbst „Studien vom Bau des Grimschwertes“. Was an diesen Bildern imponiert, ist ihr zwingender Realismus. Kupferschmid malt die Landschaft und die Gegenstände so, wie sie sind, ohne Färbung und ohne nach dieser oder jener Richtung zu schieben. Und da er ein glänzender Zeichner ist und ein feines Gefühl für Komposition und Farbe besitzt, stellt er Landschaften vor uns hin, die unser Auge zu fesseln wissen, weil sie in sich wahr sind, mag ihnen auch hier und da eine gewisse, innere Kühle anhaften.

Waldeemar Coste aus Altona hat im großen Saal ausgestellt. Zum Teil Monumentalgemälde. Ich muß gestehen, daß ich mit ihnen wenig anfangen weiß. Am besten sind noch die Porträts, die Coste um 1919 herum gemalt hat. Damals war er mit seiner unerschütterlichen Begabung auf dem richtigen Weg. Von ihm ist er später abgeglitten. Seine Bilder sind eigentlich ohne seelischen und materiellen Inhalt, grell und aufdringlich in den Farben und ohne Sorgfalt im einzelnen gemalt. Bismarck gelingt ihm kompositorisch etwas gutes, so z. B. das Bild „Der Kaiser auf dem Balkon“. Im ganzen ein hervorragender Theatermaler für die Inszenierung gemühter Stücke.

Was soll man zu den Bildern von Siegfried Herforth, Baden-Baden, sagen? Wozu wird etwas derartiges gemalt? Es ist schade um die Leinwand, und um die Farbe. Denn was ist schließlich herausgekommen? Ein schlechter und mißverständlicher Kolorist, gemischt mit einem ins Grobe entarteten Realismus.

### Erfassung der Exportdevisen

#### Kontrolle des Außenhandels

In einer Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung wird bestimmt, daß künftig alle Waren, die aus Deutschland ausgeführt werden, durch Übergabe einer Export-Salutaerklärung bei der Reichsbank anzumelden sind. Ferner haben die Exporteure dreimal im Monat der Reichsbank mitzuteilen, welcher Devisenbank sie ihre eingenommenen Devisen abgeliefert haben.

Zur Begründung wird mitgeteilt, daß die ungünstige Entwicklung der Devisenlage, wie sie besonders in dem neuesten Reichsbankausweis in Erscheinung trete, der Reichsregierung und der Reichsbank die Verpflichtung auferlege, alles zu tun, um der weiteren Verringerung des Devisenbestandes Einhalt zu bieten, auch wenn aus den der Öffentlichkeit bereits bekannten Zahlen deutlich hervorgeht, daß die Ursache der ungünstigen Devisenentwicklung weit weniger auf der nicht ganz vollständigen Devisenerfassung beruht, als vielmehr auf den außerordentlich hohen Kreditrückzahlungen, die fortgesetzt stattfinden.

Da insbesondere die Ablieferung der Exportdevisen nicht in vollem Umfang der Entwicklung der deutschen Ausfuhr in den letzten Monaten entspricht, wobei selbstverständlich die natürliche Verschiebung durch Kreditgewährung zu berücksichtigen ist, erscheint es notwendig, die Ausfuhr für die Zwecke der Devisenbewirtschaftung schärfer zu kontrollieren. Zu wiederholten Malen sind die neuen Vorschriften werden mit schweren Strafen bedroht.

Da ferner die für die deutsche Einfuhr auch jetzt noch zur Verfügung stehenden Kredite, zu deren Aufrechterhaltung die ausländischen Gläubiger sich in dem Stillhalteabkommen ausdrücklich verpflichtet haben, durchaus nicht in vollem Umfang ausgenutzt werden, sollen die Importfirmen darauf verwiesen werden, von diesen Möglichkeiten stärkeren Gebrauch zu machen. Sie werden angewiesen, daß sie einen angemessenen Teil des ihnen genehmigten Höchstbetrages an Devisen durch Inanspruchnahme der offenen Kredite bestreiten. Insofern werden Devisen zur Verzählung nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Von den deutschen Banken muß erwartet werden, daß sie den deutschen Importeuren bei der Ausnutzung der Kreditmöglichkeiten des Stillhalteabkommens weitest entgegenkommen.

### Die weiteren Verhandlungen im Wirtschaftsrat

Am die Sitzungen, die im Wirtschaftsrat der Reichsregierung am Donnerstag wieder aufgenommen werden, vorzubereiten, haben in den letzten Tagen verschiedene Ressortbesprechungen stattgefunden. Unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Warming wurden die Fragen der Kreditgewährung erörtert und unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Stegerwald Lohn- und Preisfragen. Zu diesen Besprechungen, die in zügiger Form stattfanden, waren außer Mitgliedern des Wirtschaftsrates auch weitere Sachverständige zugezogen. Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gälten den Fragen der Eisenindustrie, insbesondere den Fragen der gebundenen Kreise für die Eisenindustrie.

### Zum Fall Schultheiß-Bahnhof

Der Untersuchungsrichter hat den Generaldirektor Kahlenbögen gegen Leistung einer Sicherheit von 100.000 M aus der Untersuchungshaft entlassen. Die verlangte Summe ist hinterlegt worden. Kahlenbögen konnte daraufhin in Begleitung seiner Gattin Tilla Durieux und seiner beiden Anwälte, die ihn abgeholt hatten, das Untersuchungsgefängnis verlassen, in dem er sich genau 23 Stunden aufgehalten hatte. Die ausführlichen Vernehmungen Kahlenbögens und der übrigen vier Schultheiß-Direktoren durch den Untersuchungsrichter werden noch in dieser Woche beginnen.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Gastentlassung Beschwerde eingelegt mit dem Ziel, daß die Leistung einer höheren Sicherheit als 100.000 M für die Verschönerung von der Untersuchungshaft erreicht wird.

**Keine amerikanische Denkschrift über die Kriegsschulden- und Reparationsfrage?** Der Korrespondent der „Associated“ in Washington erklärt, das Staatsdepartement bezeichne eine Meldung als unrichtig, wonach es nach Paris eine Denkschrift gerichtet habe, in der die amerikanische Stellung in der Kriegsschulden- und Reparationsfrage dargelegt worden sei. — In dieser Denkschrift sollte Amerika sich bereit erklärt haben, die Rüstungen zu vermindern.

Richard Birnstengel aus Dresden stellt Aquarelle von der Wasserläute aus, ganz im Stil der Dmalerei gemalt, recht großzügig gesehen und nicht ohne Wirkung, aber ohne Witz für das Einzelne. Und zumiebt bei düsterem Himmel gemalt, so daß die besten Reize der Farbe unerschlossen bleiben. — Klaus Brage aus Hamburg zeigt Graphik und Aquarelle. Stofflich ist sein Gebiet die Welt der Edda und Dantes. Seine Arbeiten verraten hartes Empfinden. Aber die Figuren treten nicht plastisch genug hervor. — Von Fritz Seiberlich, Karlsruhe, sind sehr jäuberlich ausgeführte Zeichnungen und Holzschmitze zu sehen.

**3500 Studenten in Freiburg i. Br.** Bei der dritten und letzten Immatrikulation wurden an der Freiburger Universität 161 Studierende, darunter 27 Frauen neu aufgenommen. Auf die einzelnen Fakultäten verteilt entfallen auf die theologische 9, die rechts- und staatswissenschaftliche 23, die medizinische 85, die philosophische 25 und die naturwissenschaftlich-mathematische 19 Studierende. Nach der vorläufigen Feststellung beträgt die Gesamtzahl der im Wintersemester 1931/32 immatrikulierten Studierenden zusammen 3507.

**Ehrung für Ministerialrat Professor Dr. Dirck.** Der Referent der badischen Hochbauverwaltung, Ministerialrat Professor Dr. Fritz Dirck (Karlsruhe), der schon im Dezember 1929 in Würdigung seiner Verdienste um die Erhaltung des Schwetzingener Schlosses und der Schlossgartenbauten zum Ehrenbürger der Stadtgemeinde Schwetzingen ernannt wurde, ist aus Anlaß des 60jährigen Jubiläums des Verkehrsvereins auch zum Ehrenmitglied dieses Vereins ernannt worden. Diese Auszeichnung ist als ein Akt des Dankes an Ministerialrat Dr. Dirck persönlich sowie an die badische Staatsregierung aufzufassen. Man weiß in Schwetzingen die in den letzten Jahren durchgeführten Renovationsarbeiten an den staatlichen Bauten wohl zu schätzen und ist dankbar dafür, daß diese Bautenmale und Kulturdenkmale fürpälzischer Geschichte vor dem Verfall gerettet worden sind.

**Dr. Arnold fand nach Hollywood verpflichtet.** — Sepp Allgeier dreht in Afrika. Der bekannte Alpinist und Filmregisseur Dr. Arnold fand ist, wie aus Freiburg gemeldet wird, jetzt nach Hollywood verpflichtet worden, wo er einen Bergfilm drehen soll. Sein Mitarbeiter in vielen Bergfilmen, der Freiburger Kameramann Sepp Allgeier, befindet sich zur Zeit in Casablanca und dreht als Chefoperateur einen Afrika-film.

### Internationaler Rauschgift-Schmuggel-Prozess in Basel

#### Der Hauptangeklagte ein Badener

Vor dem Basler Strafgericht begann am Montag wegen verbotenen Handels mit Betäubungsmitteln in den Jahren 1926/1929 im Werte von etwa 1,5 Millionen Franken — es handelt sich um Kokain und Heroin — ein Prozess gegen 23 Angeklagte, von denen jedoch 13 Ausländer (Franzosen, Italiener, Ägypter, Polen) nicht erschienen sind. Da eine Angeklagte, eine Wienerin, bereits verurteilt wurde und drei Schweizer sich vor dem Zürcher Kriminalgericht zu verantworten haben, so bleiben für den auf 14 Tage berechneten großen Basler Prozess, an dem auch ein Vertreter des Völkerverbundes teilnimmt, 7 Angeklagte, Schweizer und Deutsche, zur Verurteilung übrig.

Sie sollen Rechenschaft ablegen über den Verbleib von 23,8 Kilogramm Kokain und 157,1 Kilogramm Morphium, die der Hauptangeklagte, der 54jährige Chemiker Dr. Fritz Müller aus Dreisbach (Baden), wohnhaft in Basel, in seinem Laboratorium hergestellt hat. Er befiel seit 1925 die Bewilligung zum Handel mit Betäubungsmitteln. Neben ihm auf der Anklagebank sitzt seine Frau, die an der Herstellung beteiligt war und für sich als Taschengeld ohne Wissen des Mannes noch 8 Kilogramm Heroin und ein Kilogramm Kokain absetzte, dann ein Dr. H. Rauch, der in der Nähe von Genf ein kleines Laboratorium hatte und der nicht nur innerhalb eines Jahres für 370.000 Franken Betäubungsmittel von Müller bezog, sondern bei diesem auch 116 Kilogramm Morphium in Heroin umarbeiten ließ. Rauch verkaufte den größten Teil der von Müller bezogenen Gifte an den Dr. jur. Fr. Diepenhorst in Freiburg i. Br., der hier einen Handel mit pharmazeutischen Produkten betreibt. Dieser lieferte den größten Teil seiner Ware nach Hamburg an die Tamaras-Handelsgesellschaft Kurt Smith, welche diese nach Ostafrika und Südamerika verschob. Die raffiniertesten Methoden wurden zur Täuschung der Zollbehörden angewandt. Diepenhorst verpackte die Gifte in harmlose Präparate, in Bederuhern und ersand allerhand Decknamen für sie: Nabo, Natow, Vesup, Kritallgummi. Auch die Firma S. Matzima & Co. in Tokio und G. S. Lejeune in Buenos Aires sind seine Kunden. — Der weitere Angeklagte, der Jesuiter Edoardo Ballinari, Wirt in Jorncette di Montaggio bei Lugano, betreibt ein internationales Schmuggelwarenlager, besonders von Chemikalien und verteilt sie im Auftrag eines Mailänder Rauschgiftwarenhändlers an italienische Schmuggler. Der Kaufmann Guanz Wirz in Basel ist Beauftragter des Diepenhorst mit ihm und für ihn die Impadung der Schweizer Gifte nach dem Ausland. Der letzte Angeklagte ist der Zürcher Kaufmann Gottlieb Weidmann, der für Müller den An- und Verkauf, die Zahlungen usw., vermittelte.

Aber den Umfang und die Gefährlichkeit dieses verbotenen Gifthandels macht man sich einen Begriff, wenn man weiß, daß die normale Tagesmenge von Kokain, die ein Mensch verbrauchen kann, 0,03 bis 0,06 Gramm beträgt, von Heroin 0,005 bis 0,015 Gramm. Die verschiedenen Mengen betragen 23,816 Kilogramm Kokain und 157,197 Kilogramm Morphium. Hypoderm, die in Heroin umgewandelt wurden. Die vor 1926 vertriebenen Gifte unterliegen, da verjährt, nicht mehr der Anklage.

**Die Zulassung von Glücksspielen in Badeorten.** Nach verschiedenen Zeitungsmeldungen soll Reichsfinanzminister Dietrich anlässlich seiner Anwesenheit in Dessen sich für die Einführung von Glücksspielen in Badeorten ausgesprochen haben. Diese Mitteilung ist unrichtig. Wichtig ist vielmehr, daß Reichsfinanzminister Dietrich während seines Aufenthalts in Dessen Anregungen und Wünsche über Zulassung von Glücksspielen in Badeorten entgegengenommen hat, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen.

### Kleine Chronik

**In Groß-Ditheim (bei Aischaffenburg)** gab der verheiratete Arbeiter Michael Dahlem, als er wegen eines Gefährdungsfalles festgenommen werden sollte, auf zwei Gendarmenbeamte mehrere Schüsse aus einer Selbstladepistole ab. Einer der Beamten wurde schwer verletzt, Dahlem von dem einen Beamten erschossen. Der Erschossene war mehrfach, darunter auch mit Juchthaus, bestraft.

Ein Veroneseng fuhr Samstag abend auf der Strecke Kassel-Bebra in eine große Schallerde hinein, die aus ihrem Furch ausgebrochen war und in dichten Massen über die Eisenbahngleise drängte. 77 Schafe wurden getötet. Nachdem die Schienen abgeräumt waren, konnte der Zug mit 10 Minuten Verspätung die Fahrt fortsetzen.

In einem Lagerhaus der Firma Müller & Co., Kolonialwarengroßhandlung in Landau, brach am Samstag aus noch unbekannter Ursache Feuer aus. Es gelang, den Brand auf das Lagerhaus zu beschränken; doch fielen ihm Lagervorräte in Kolonialwaren im Werte von 100.000 M zum Opfer.

Landgerichtsrat Wilhelm in Essen erhielt Samstag vormittag durch die Post ein Paket zugestellt, in dem sich eine primitiv hergerichtete „Güllenmaschine“ befand, die aber nicht funktionierte. In einem Brief droht der Absender an, daß wegen der „Naturteile“ noch weitere Personen des Landgerichtes bestraft werden würden. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen übelen Scherz oder um einen tatsächlichen Anschlagversuch handelt.

Die Familie des Bankiers Adler in Zürich, bestehend aus Mann, Frau und Sohn, wurde in der Wohnung bewußlos, durch Gas vergiftet, aufgefunden. Alle drei schweben in Lebensgefahr. Als Chef des Bankhauses Adler & Co., Kommanditgesellschaft in Zürich, hatte er der Kasse 250.000 Schweizer Franken entnommen, um private Schulden zu bezahlen.

Der Direktor der Privatbank Guet, Chagnes, in Paris wurde verhaftet und in Anwesenheit eines Wüchterschwerwichtigen eine Durchsuchung der Post vorgenommen.

Im Verlaufe der französischen Polizeikaktion gegen die Banditen auf der Insel Korfika sind bis jetzt gegen 100 Verhaftungen vorgenommen worden.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Belfast (Irland): In der Gegend von Dungannon (Grafschaft Tyrone) sind Golberze entdeckt worden. Die von der Bank von England vorgenommene Untersuchung soll sehr befriedigende Resultate ergeben haben.

„News Chronicle“ zufolge lief Dienstag früh in dichtem Nebel bei Graveland der 8000 Tonnen große Lloyd-Dampfer „Trave“ mit dem britischen 10.000-Tonnen-Dampfer „Lanbaff Castle“ zusammen. Beide Schiffe kamen mit leichten Beschädigungen davon.

Bei dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ wurde heute, Mittwoch, in Friedrichshafen auf dem Werftgelände ein etwa einstufiger Versuch angestellt, die großen Bandeltaue statt durch Saltmannschaften durch Traktoren festhalten zu lassen. Der Versuch verlief befriedigend.

Das englische Luftschiff „R 100“ ist zum Abwraden verkauft worden. „Daily Telegraph“ sagt: Der entscheidende Grund sei die finanzielle Notlage. Die Artikel der Sachverständigenfreise über die Zukunft der Luftschiffe seien geteilt und somit könne der Bau von Luftschiffen ruhig anderen Nationen überlassen werden.



# Badischer Teil

## Zur Zusammenlegung der Gemeinden

schreibt Abg. Kühn im „Bad. Beob.“ u. a.:  
Aus den Berichten der Tageszeitungen geht zumeist hervor, daß das, was auf Grund der letzten badischen Verordnungen in dieser Beziehung draußen im Lande in die Wege geleitet wurde, durchaus nicht überall helle Freude ausgelöst hat.

Die Vereinigung von kleinen Gemeinden ermöglicht Artikel 28, der vorerst nur bis zum 30. September 1932 gilt. Nach diesem Artikel wird das Staatsministerium ermächtigt, unter Abweichung von den Bestimmungen der badischen Verfassung und der badischen Gemeindeordnung, Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern im Wege der Anordnung aufzuheben und mit anderen Gemeinden zu vereinigen. Dasselbe gilt für größere Gemeinden oder Teile von solchen, wenn sie nahe beieinander liegen, oder wenn ihre wirtschaftlichen Interessen eng miteinander verflochten sind. Die beteiligten Gemeinden sind vor der Vereinigung zu hören. Nach Artikel 29 kann der Minister des Innern die Vereinigung von Nebenorten mit benachbarten Gemeinden anordnen, wenn dringende Gründe des öffentlichen Interesses hierfür vorliegen. § 103 Absatz 3 bis 5 der Gemeindeordnung finden auf eine solche Anordnung Anwendung. Der Minister des Innern kann ferner die Vereinigung von Nebenorten ohne eigene Gemerkung mit dem Ort oder der Gemeinde anordnen, auf deren Gemerkung der Nebenort liegt.

Auf Grund dieser Bestimmungen haben die Landräte mit einer großen Anzahl von Gemeinden Verhandlungen eingeleitet. Bereits machen sich aber sehr starke Widerstände geltend. Die Zusammenlegung von Gemeinden ist offenbar nicht überall so populär, wie es der Sparkommission und den Bezirksämtern scheinen mag. Es ist an sich auch verständlich, wenn die Bevölkerung an dem sehr stark hängt, was nun einmal seit Großvaters- und Urgroßvaterszeit gewesen ist. Die Absichten sind, allgemein gesehen, ohne Zweifel gut. Es könnte sicher in unserer Gemeindeverwaltung manches vereinfacht und verbilligt werden. Selbstredend sind auch vor nicht der Auffassung, daß die Sache über die Köpfe der Bevölkerung hinweg überall so ins Blei gebracht werden soll, wie man dies in Einzelfällen befürchteterweise wünscht. Um so angebrachter aber ist die zureichende Aufklärung, damit vor allem die unsichlichen Momente möglichst ausbleiben.

Die Verhältnisse liegen im Lande sehr verschieden. Es gibt sicher zahlreiche kleine Gemeinden, die nicht nur gut verwaltet, sondern auch aus eigener Kraft durchaus lebensfähig sind. Aber es gibt auch Gemeinden, die nicht oder kaum mehr lebensfähig sind. Wo größere Entfernungen in Betracht kommen und in Gebirgsgegenden, ist sicherlich ein anderer Maßstab anzulegen wie in der Ebene, und wenn Gemeinden fast zusammengebaut sind, obwohl auch da berechtigte Einwände irgendwelcher Art möglich sind. Niemand sollte deshalb die gute Absicht der Regierung verkennen. Die Regierung will das Volk nicht betriegen, und ihm unnötige Schwierigkeiten bereiten. Nein, man will die Lage des Steuer- und Umlagezahlers erleichtern. Und wir sind auch davon überzeugt, daß die Regierung, wo Einwände wichtiger Art aufsteigen, die Voraussetzungen im Interesse der kleinen Gemeinden in allen Fällen wohlwollend prüfen wird, bevor sie ihr Mandat erteilt. Im übrigen aber soll man, wie gesagt, nicht so arg zaghaft sein. Man soll die Anregungen wenigstens einmal in Ruhe und Sachlichkeit näher prüfen.

## Beseitigung der Spitzkehre bei Immenbildungen

Die Grenzlinie zwischen Immenbildungen—Nähringen—Lutlingen hat eine neue Bedeutung erlangt. Oberhalb der Donauberleitung zieht sich durch den darüberliegenden Höhenzug eine frische gelbbraune Erdbarbe. Arbeiterkolonnen mit Pickel und Schaufel haben, unterstützt durch die Kleinbahn, der kommenden Bahnstrecke Immenbildungen—Gattingen den neuen Weg gebahnt. Die Spitzkehre in Immenbildungen für den Schnellzug Berlin—Mailand soll beseitigt werden. Um den Schnellzug von vielen Millionen Reichsmark wird künftig dieser Zug 20 Minuten früher an sein Ziel kommen. Die landschaftlich bedeutendste Veränderung bringt der Viadukt über das Sindtal. In fünf Bogen von 33 Meter Höhe und 28 Meter Spannweite wird das bewaldete Tal überquert. Ein sechster Bogen überbrückt das Bettental. Zwei Bogen sind errichtet, für einen dritten ist das Holzgerüst erstellt. 110 Arbeiter sind an der Baustelle beschäftigt.

## Aus der badischen Industrie

Bei der Rheinischen Gummi- und Cellulose-Fabrik AG. in Mannheim-Neckarau, die dem J. G. Farben-Konzern gehört, gelangen am 21. November aus der Ruppenabteilung 300 meist weibliche Arbeitskräfte zur Entlassung.

Weiterer Abbau bei Mannheimer Motoren. Nachdem bei den Motoren-Werken Mannheim AG. vom Benz Abt. stationärer Motorenbau, in der letzten Zeit schon etwa 60 Arbeiter entlassen worden sind, hat die Gesellschaft neuerdings um die Genehmigung zur Entlassung weiterer 120 Arbeiter beim Landeskommissar nachgeholt.

Wiederbelebung in der Zigarrenindustrie. Im Gegensatz zu den übrigen Tabakarbeitergemeinden des Ruhrgebiets hat die Zigarrenindustrie in Neudorf bei Karlsruhe für das Weihnachtsgeschäft einen merklichen Aufschwung zu verzeichnen. In den Zigarrenfabriken hat durchweg wieder Vollarbeit eingesetzt.

Die Firma Karlin & Co., Tuchfabriken und Elektricitäts-werk, in Schiltach, kann auf 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1881 wurde das Unternehmen durch Gustav Karlin, dem Vater des jetzigen Inhabers, ins Leben gerufen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen: Hoher Luftdruck beherrschte weiterhin unsere Witterung. Ein flaches Teillief bei der Ostsee, das uns bisher noch zeitweilig Bewölkung gebracht hat, ist inzwischen verflüchtigt, infolgedessen wird jetzt durchgreifende Aufhellung einsehen, die nachts zu strengen Strahlungsfröhen führen wird. Voraussage: Verschärfte Nachfröhen, meist heiter und trocken bei östlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 204 minus 2, Bafel 8 unverändert, Schutterinsel 63 plus 3, Rheinweiler 166 minus 1, Rehl 213 minus 6, Marau 382 minus 1, Mannheim 258 minus 3, Gaub fehlt.

Vereinigung von Gemeinden. Der Gemeinderat Ostersheim hat beschlossen, mit der Stadt Schwetzingen in Verhandlungen über eine eventuelle Eingemeindung einzutreten.

## Aus der Landeshauptstadt

Der Verkehrsverein nicht. Der Verkehrsverein Karlsruhe veranstaltete am gestrigen Dienstag im Saal III der Schremp-Cafés einen öffentlichen Verkehrsabend, der in allen Teilen einen gelungenen Verlauf nahm und sich erfreulicherweise eines sehr starken Besuchs erfreute. Stadtmagister Supper machte die Anwesenden durch eine Lichtbilderreihe von über 100 ausgezeichneten Ansichten mit der in der Tat sehr schönen Umgebung der Landeshauptstadt bekannt. Namentlich der Rheinwald mit Rappenswörth erschloß für den Wanderer und Sportlustigen ungeahnte Reize. Verkehrsdirektor Lacher erinnerte an die Umstellung der Stadt Karlsruhe von der stillen Beamtenstadt zu einem regen Verkehrsplatz und unterstrich in überzeugender Weise an der Hand der bisherigen segensreichen Tätigkeit des Verkehrsvereins dessen Bedeutung für die wirtschaftliche und fremdenpolitische Fortentwicklung Karlsruhe. In der Aussprache wurden verschiedene Anregungen hinsichtlich der Verkehrsregelung usw. gegeben. Wiederum kam das lebhaft Bedauern zum Ausdruck, daß Baden in der Frage der Elektrifizierung seiner Hauptstammstrecke bis heute keine Berücksichtigung gefunden hat. Der unterhaltende Teil des Abends, der von hochgeschätzten künstlerischen Kräften in uneigennützigster Weise bestritten wurde, hielt die Teilnehmer noch lange zusammen.

Notgemeinschaft und Badische Lichtspiele. Die Badischen Lichtspiele, die zur Zeit das 10-jährige Jubiläum ihrer praktischen Arbeit auf dem Gebiet des Kultur- und Lehrfilmwesens feiern, haben sich auch in diesem Winter helfend der Karlsruher Notgemeinschaft zur Seite gestellt. Seit Mitte Oktober haben die Lichtspiele bereits über 2000 Freikarten zur Ausgabe an die Notleidenden zur Verfügung gestellt. Diese Freikarten-Ausgabe soll während des ganzen Winters fortgesetzt werden. Aus Anlaß des Jubiläums haben die Lichtspiele dann weiter noch der Karlsruher Notgemeinschaft eine Beteiligung aus den Einnahmen der beiden Festspiel-Abende zugesichert als erneuten Beweis ihrer gemeinnützigen Arbeit.

Kampf dem Krebs! Der dem „Kampf dem Krebs“ gewidmete Abend des Bundespräsidenten Dr. Wetterer (Mannheim) fand — wie uns geschrieben wird — großes Interesse. Die Hoffnung ermedelnden Ausführungen zeigen, wie weit die moderne Radiumbehandlung gekommen ist. Aus Frankreich, dem Curieinstitut stammend, ist sie vom Redner weit ausgebaut worden. Die Brustkrebs- und von diesen die Brustkrebs, sind in weitem Maße durch die Moulage-Wetterer heilbar geworden. Nur das reine, von Frau Curie zum ersten Male hergestellte Radiumelement, kommt in Betracht. In vielen anderen Gebieten des Krebses folle die Chirurgie fort, siehe z. B. in weit hinter der Radiumtherapie. Auch die Röntgentherapie sei der Radiumtherapie in jeder Hinsicht unterlegen. Für ein Gebiet siehe die operative Maßnahme in erster Linie: beim Magen-Darmkrebs. Kein Fall von Gebärmutterkrebs darf operiert werden, ebenso kein Fall von Brustkrebs, hier mit Ausnahme des ersten Stadiums. Aber auch da dürfe erst dann operiert werden, wenn der Krebs durch Radiummoulage „sterilisiert“ worden ist. Man denke aber in erster Linie an Ernährung. Wie viel läßt sich, rechtzeitig erkannt, im Vorstadium vermeiden. Wie viele Brustkrebs lassen sich noch im günstigen Vorstadium so leicht lokal ausmerzen. Ein lehrreicher Abend, bei dem die neue Moulage, vom Redner erfunden, neue große Möglichkeiten eröffnete. Der deutsche Bund für Krebsbekämpfung will von Zeit zu Zeit solche interessante zanglose Abende für seine Mitglieder und alle Interessenten bieten. Die Mitgliedschaft des Bundes ist kostenlos.

Sonntagsfahrten zum Theaterbesuch in Baden. Seit Späthjahr 1930 ist bekanntlich von einzelnen größeren Städten nach einer beschränkten Zahl von nahegelegenen Ausflugszielen Mittwochnachmittags die Ausgabe von Sonntagskarten eingeführt worden. In ungekehrter Richtung nach den größeren Städten waren jedoch Sonntagsfahrten am Mittwoch nicht erhältlich. Nun ist hier zugunsten der Erleichterung des Theaterbesuches eine Ausnahme insofern gemacht worden, als für den Besuch des Nationaltheaters Mannheim, des Landestheaters Karlsruhe, und des Stadttheaters in Freiburg, von einer Anzahl Orte der Umgebung, von denen erfahrungsgemäß jene Theater besucht werden, Sonntagskarten an Mittwochnachmittagen gegen den Nachweis des Besuchs des Theaters ausgeben werden. Der Nachweis kann entweder durch Vorlage der Eintrittskarte erbracht oder durch Vorlage einer Bescheinigung des Theaters als Abonnent belegt werden. Darüber hinaus können Samstags- und Sonntags alle aufstehenden Sonntagskarten ohne Einschränkung, also auch für den Theaterbesuch, verwendet werden. Der Theaterbesuch von auswärts ist mitfin während einer Woche an 3 Tagen zu ermäßigten Fahrpreisen möglich.

Freisprechendes Urteil. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hatte sich mit der Revisionsbehandlung in der Beleidigungssache des Ministers a. D. Dr. h. c. K. Kemme wegen der bekannten Vorgänge in Mühlheim durch Abhingung des Müllerliedes herangezogen, zu befassen. Sowohl das Amtsgericht Mühlheim, als auch die Strafkammer des Landgerichts Freiburg hatten auf Freispruch erkannt und eine Beleidigung nicht für vorliegend erachtet. Das Oberlandesgericht bestätigte den Spruch der Vorinstanzen.

Sittlichkeitsverbrechen festgenommen. Verhaftet wurde ein lediger 50 Jahre alter Schloffer, der sich auf der Wanderschaft befindet, wegen Sittlichkeitsverbrechens an 3 Kindern im Alter von 5, 8 und 11 Jahren.

III. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters. Unter Mitwirkung eines beträchtlichen Stabes namhafter Solisten und bekannter Chorkräfte gelangt im dritten Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters am Mittwoch, den 25. November, das „Requiem“ von Mozart zur Aufführung. Mit seiner Wiedergabe wird noch einmal feierlich das Mozarti-Jubiläum gedacht, das freilich in diesen Tagen auch die Erinnerung an das 140. Todesjahr des Meisters zurückerufen. Schon deshalb dürfte das Konzert, bei dem neben dem Bachverein und Sing- und Singschör des Landestheaters Else Blau, Elfriede Haberhorn, Wilhelm Mentwig sowie Franz Schuster solistisch beteiligt sind, außerordentliche Anteilnahme beanspruchen, aber auch Schuberts Unvollendete, in diesem Falle eine um so würdigere Orchesterleitung, wird zweifellos noch das Interesse für dieses einzige Chorwerk innerhalb der acht Sinfonie-Abende steigern. Aufführungstaum für das wieder von Generalmusikdirektor Josef Krebs geleitete Programm ist die städtische Festhalle.

## Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mannheim, 17. Nov. Am 10. November verstarb in Locarno im Alter von 72 Jahren Rudolf Mitschler, der Seniorchef und Gründer des in ganz Süddeutschland durch eigene Verkaufsstellen vertretenen Schuhhauses N. Mitschler, G. m. b. H.

DJ. Oberwiltstadt (Ami Landersbüschelsheim), 18. Nov. Amtsbürgermeister Adrian Fraas ist, fast 79 Jahre alt, nach kurzem schweren Leiden gestorben.

Bl. Tengen, 17. Nov. Montag morgen brannte das in Tengen-Dorf gelegene Wohn- und Stomniegebäude des Landwirts Josef Reithinger vollständig nieder. Das angebaute Wohnhaus des Privatiers Josef Maus wurde ebenfalls ein Raub der Flammen. Das Feuer entstand durch Kurzschluss beim Fütterschneiden am Motor und griff sofort auf die reichen Heu- und Strohbörräte über. Dem Mieter Josef Winkler verbrannten außerdem 780 M Bargeld, das er tags zuvor eingenommen hatte.

DJ. Waldshut, 17. Nov. Der frühere Mitinhaber der Maschinenfabrik Christian Mann, Fabrikant Emil Mann, erlitt gestern vormittag einen Herzschlag, dem er sofort erlag. Mann, ein geborener Schweizer, hat ein Alter von 62 Jahren erreicht. Er spielte im öffentlichen Leben der Stadt eine große Rolle und war lange Zeit Mitglied des Bürgerausschusses und Gemeinderats. Als Gemeinderat war er auch Bürgermeisterstellvertreter. In der Inflationszeit hat er sich große Verdienste um die Kinderpflege und um die Ablösung der Schweizer Milchschulden erworben.

## Handel und Wirtschaft

Gegen staatliche Eingriffe in die Zinsverhältnisse hat sich auch die Handelskammer Mannheim in einer Eingabe an die zuständigen Regierungsstellen gewandt. Sie könne in einer solchen Maßnahme kein geeignetes Mittel zur Besserung der derzeitigen Krisenlage erblicken. Die Handelskammer glaubt, vor den schweren innerpolitischen Schäden, die durch eine solche von weiten Kreisen als Vertrauensbruch angesehene Maßnahme eintreten würden, auf das Ernsteste warnen zu müssen.

Zum Konkurs der Sieblungs-Gesellschaft „Badische Pfalz“ in Heidelberg wird jetzt bekannt, daß die Eröffnung des Konkurses durch das Amtsgericht Heidelberg abgelehnt worden ist, weil keine realisierbare Masse vorhanden ist. Die Gesellschaft als solche wird also bestehen bleiben und die altmährische Abfertigung ihrer Werte versuchen. Zu Zwangsverkäufen wird es dabei aber keinesfalls kommen. Die hauptsächlichsten Hypothekengläubiger werden wie folgt angegeben: Rheinische Hypothekendarlehenbank Mannheim 800—900 000 M (gesicherte erste Hypothek), Stadt Heidelberg 500—600 000 M, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte etwa 150 000 M, dazu noch einige weitere Hypothekenträger. Als einzige größere Heidelberger Forderung besteht noch ein Anspruch der Heidelberger Handwerker-Baugenossenschaft in Höhe von etwa 120 000 M, weil diese Genossenschaft beim Bau des letzten Häuserblocks mit Kapital zu Hilfe kommen mußte, um ihren Mitgliedern die Bauaufträge zu erhalten.

Die Wirtschaftskrise in Elsaß-Lothringen erfährt nach verschiedenen Pressemeldungen namentlich in Oberelsaß eine abermalige Verschärfung. Am 1. Januar wird die Seidenfabrik Aimé Baumann in Sulz stillgelegt. Die Weberei Kächlin, Kuch & Frey in Mühlhausen hat seit einigen Tagen ihre Tore geschlossen. Ein Teil der Arbeiter wurde sofort entlassen, ein anderer Teil in anderen Stellen untergebracht. Für wie lange weiß man nicht. Bei der Firma Bloch in Mühlhausen sind Massenentlassungen vorgenommen worden; rund 40 Beamte haben ihre Entlassung für den 1. Januar erhalten. Der Arbeiterlohn soll eine Prozentige Kürzung erhalten.

154 Prozent Golddeckung bei der Schweizer Nationalbank. Nach dem Ausweis der Schweizerischen Nationalbank vom 14. d. M. hat der Goldbestand gegenüber der Vorwoche wieder etwas zugenommen. Er beträgt 2199 Mill. Franken. Die Goldbeise sind um 9,76 Mill. Schweizer Franken auf 1025 Mill. Schweizer Franken angestiegen. Der Notenumlauf ist um 30,16 Mill. Schweizer Franken auf 431 Mill. Schweizer Franken zurückgegangen. Die reine Golddeckung der Noten beträgt jetzt 154 Prozent.

## Antrag des Gemeinderats Ostersheim auf Enteignung des Teilgrundstücks Lgb. Nr. 52/2 des Zimmermanns Karl Luz in Ostersheim zwecks Verbreiterung der Luisenstraße in Ostersheim.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 28. Oktober 1931 Nr. 11865 ausgesprochen, daß die Lisette Luz aus Ostersheim, zur Zeit im Ausland, verpflichtet ist, die durch die Abtretung des Grundstücks Lgb. Nr. 52/2 der Gemerkung Ostersheim an die Gemeinde zum Zwecke der Erweiterung der Luisenstraße erforderliche Beschränkung ihres auf dem Grundstück Lgb. Nr. 52/2 eingetragenen lebenslänglichen und unentgeltlichen Wohnungs- und Benutzungsrechts auf das Grundstück Lgb. Nr. 52 zu dulden.

Mannheim, den 11. November 1931  
Badisches Bezirksamt Abt. II.

B. 391. Karlsruhe. Aber das Vermögen der Firma Franz Fischer & Co., hier, Steinstraße 29, und deren alleinigen Inhabers Franz Fischer, hier, wurde heute vormittag 11 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist beidseitiger Buchhalter Carl Nagel, hier, Wendtstr. 17. Konkursforderungen sind bis 1. Januar 1932 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Donnerstag, den 10. Dez. 1931, vorm. 10 Uhr u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Donnerstag, den 14. Januar 1932, vorm. 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. Stod. Zimmer Nr. 234. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt, od. zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinsschuldner leisten. Der Besiß der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 1. Januar 1932 anzuzeigen.

Karlsruhe, d. 14. Nov. 1931  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

## Badisches Landestheater

Donnerstag, d. 19. Nov. 1931  
D 10. (Donnerstagmiete)  
Th.-Gem., 1001—1100

## Die Prinzessin auf dem Meer

Operette v. Johann Strauß

Dirigent: Krips

Regie: Dr. Hagemann

Mitwirkende:

Blau, Genter, Janz, Seiberlich, Brand, Gemmede,

Kiefer, Kloeble, Löfer, Rentwig

Anfang 20 Ende 22%,  
Preise D (0,90—5,70 RM)

Freitag, 20. 11. Neu einstudiert: „Gänzel u. Grotel“.

Hierauf: Neu einstudiert: „Die Puppenfee“, Sa. 21. 11.

Uraufführung: „Hochstapler-Komödie“, So. 22. 11.

„Don Giovanni“ im Konzerthaus: keine Vorstellung.

**PORPHYRWERK DOSENHEIM**  
WANGEN  
DOSENHEIM i. B. BADEN  
Lieferant für alle Bauarbeiten  
STRASSENBAU-MATERIAL

L. 223  
**Waagen** aller Art liefert:  
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3



# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 46

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 269

18. November 1931

## Zur Geschichte des Pfarrhauses in Haag

Ein Stück Kulturgeschichte der Pfalz

Nach den Akten dargestellt von W. Bortmann, Heidelberg

Das Kirchdorf Haag im Kleinen Odenwald nennt ein stattliches Pfarrhaus sein eigen. In der Zeit der Befreiungskriege entstanden, war es damals das vornehmste Pfarrgebäude des badischen Unterlandes. Vielleicht hat man die kleine Gemeinde deshalb mit dem stattlichen Bau entschädigt, weil die Pfarrherren über anderthalb Jahrhunderte um dieses Haus zu kämpfen gezwungen waren.

Einem Auszug der Schönbrunner Almosenrechnung vom Jahre 1683 ist die Bemerkung angefügt, daß schon 1651 ein reformierter Pfarrer, Gerhard Schoppins, für Haag und Schönbrunn bestellt war. Vor dem Kriege hatte jede Gemeinde ihren eigenen Pfarrer. Nach einem kirchenrätlichen Bericht vom 8. Juli 1650 wird für die Gemeinden Haag, Neunkirchen, Schönbrunn und Aspach ein Pfarrer angewiesen. Kirchenrat und Pfarrbestellung, ehemals dem St. Petersstift zu Wimpfen zuständig, war auf die Kurpfalz übergegangen. Nach dem Auszug aus der Pfarrkompetenz übernahm ein Pfarrer die Verpflichtung, „Pfarrhaus, Scheuer, Stall und jeun in seinem Kosten in wesentlichen Bau zu erhalten.“

Pfarrer Gerhard Schoppins macht die größten Anstrengungen, um in den Besitz seiner Einkünfte zu gelangen. Besonders von der Gemeinde Schönbrunn, die sich durch die Aufhebung der eigenen Pfarrei in ihren Rechten verkürzt sieht, erfährt er Schwierigkeiten. Die Gemeinde reicht ihm statt der bedungenen 100 Gulden nur 60. Die Sorgen um das leibliche Auskommen lassen die Wohnungsnöte in den Hintergrund treten.

Im Jahre 1660 tritt Pfarrer Theodor Holtzhaus das Pfarramt in Haag und Schönbrunn an. In seinem Bericht vom 16. Oktober 1660 gibt er seiner Behörde ein trübes Bild seiner Verhältnisse. Er liegt im Streit mit seiner Gemeinde wegen seines schlechten Hauses. Seine Pfarrkinder sagen, so klagt er, er sei schuldig, ein ganz neu Dach auf sein Haus und seine Scheuer zu legen, und dasselbe wollten sie ihm „unter die Nase stoßen“. Vor diesem sei sein Haus mit Ziegeln bedeckt gewesen, dasselbe sei heruntergenommen und ein „ströhernes“ darauf gelegt worden. Alle Beschwerden bei dem Amtmann und dem Keller haben nichts genutzt. Er habe 30 oder 40 Hundert Schaub (Strohbüschel) aufwenden müssen, um trocken zu wohnen, es mangeln noch etliche Hundert, die soll er auch hergeben. „Die Stube ist gar nicht gebunden, sondern voller Löcher, so daß sie schwerlich kann gewärmt werden. Die Böden (Speicher) sind gar böß, daß ich nicht ein Malter Korn kann darin aufschütten, der Viehstall ist so schlecht, daß ich mich besorge, es breche der Wolf drein und bringe mir mein Vieh um. Dennoch lassen sie nichts machen, bis sie dazu gezwungen werden.“

Johann Siegmund Seyfried, Kollektor zu Minneberg, berichtet unter dem 26. Okt. 1660, er habe dem Schultheißen von Haag und noch zweien von der Gemeinde die Reparation des Pfarrhauses anbefohlen. Sie haben versprochen, vor dem Winter noch zu tun, was nötig, das übrige sollte im kommenden Frühjahr geschehen, womit der Pfarrer zufrieden und content gewesen.

Auch die von dem Oberamt Heidelberg und dem Amt Dilsberg unternommenen Schritte blieben erfolglos. Am 22. August 1663 tritt der gewesene Schulmeister zu Gernersheim, Lucas Hahn, seinen Dienst als Pfarrer zu Haag und Schönbrunn an. Er weiß wegen dachloser Scheuer seinen Zehnten nicht trocken zu halten. In einem sorgfältig geschriebenen Dokumente macht er den Vorschlag, die Kirchenregierung möge die Gemeinde überreden, sein Kornstroh anzunehmen mit Ausnahme dessen, was er für sein Vieh braucht und damit die Dächer besetzen. Wenn sie sich dessen weigerten, so sei genugsam daraus zu ersehen, daß sie einem Pfarrer des Orts für seine vielfältige Mühe, Arbeit und schwere Amtspflichten nichts gönnten.

Ein Vorschlag der Kirchenregierung unter dem 24. Juli 1669, die Wohnung des Pfarrers nach Schönbrunn zu verlegen, wird von Pfarrer Hahn aus Rücksichten auf seine beim Pfarrhaus gelegenen Güter abgelehnt.

In einem längeren Bericht an den Kurfürsten vom 14. Juli 1670 erheben Schultheiß, Gericht und die ganze Gemeinde Beschwerde gegen ihren Pfarrer. Er habe die Gebäude in gutem Zustande angetreten. Nicht 1 Besen Stroh hätte er auf sein Dach hängen lassen. Die Gemeinde will nur, daß der Pfarrer mit dem Haus wie ein guter pater familias verfare. Sie wollten auch ferner, wenn er das Stroh dazu hergibt, die Ausbesserung leisten. Sie fürchten, daß ihnen wider ihre Freiheit ein befändig onus aufgebürdet.

Unter dem 17. Oktober 1670 kommt durch das Eingreifen der weltlichen Behörde ein vorläufiger Vergleich zustande, nach dem die Gemeinde durch einen Dachdecker, der

„aus dem heyligen“ bezahlt wird, die Reparatur vornehmen läßt, wenn der Pfarrer das Stroh liefert.

Unter den Nachfolgern Hahns, den Pfarrern Rectanus und Rypsius (Schreibweise mehrfach wechselnd), schweigen die Klagen. Erst der am 19. April 1736 ernannte und auf 1. Juli feierlich eingeführte Geistliche Philipp Conrad Gebhard, greift das Bauprogramm energisch wieder auf. Auf seine Veranlassung kommt unter dem 30. April 1740 mit der Gemeinde ein grundlegender Vertrag zustande.

Pfarrer Gebhard und alle seine Amtsnachfolger haben zur Erbauung und Unterhaltung der Pfarrgebäude auf ewig alle Jahr zu Martinizeit die vor alters bedungenen 2 Malter Korn und 2 Malter Haber im Wimpfener Maß in den heiligen unfehlbar zu entrichten. Die Gemeinde verpflichtet sich, zu ewig Tagen die Kirch und sämtliche Pfarrgebäude in gutem Zustand und wesentlichen Bau zu unterhalten und mit völlig neuer Erbauung der Pfarrgebäude den Anfang zu machen und solche innerhalb zwei Jahren à dato gänzlich ausgemacht herzustellen.

Aber erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts, nachdem der Baufonds durch verschiedene Schlüsselkollekte auch in linksrheinischen kurpfälzischen Orten Zuwendungen erfahren, hören wir von einem Fortgang der Bauangelegenheit.

Das dem Ministerium des Innern unterstehende Evangelische Kirchendepartement entscheidet auf ein Gesuch der Kirchengemeinde unter dem 18. Dez. 1812, daß man der Gemeinde einen Beitrag aus den administrierten Pfarrgefällen werde jährlich zufließen lassen, wovon das Quantum bei der Wiederbesetzung der Pfarrei werde bestimmt werden. Die Pfarrei blieb zur Förderung des Baufonds in den Jahren 1811—13 unbesetzt und wurde durch einen Vikar verwaltet.

Die durch Baucommissär Wundt in Heidelberg gefertigten Pläne und Risse bedingen einen Kostenaufwand für das zweistöckige Gebäude von 5757 fl 15½ fr. Die Gemeinde tritt dem Plane der Wiederherstellung des alten Pfarrhauses nahe. Die Berechnung der Wiederherstellung des alten Hauses durch Kirchenökonomier Stadt und Maurermeister Wieser aus Heidelberg beläuft sich auf 933 fl 27 fr. Bei einer am 16. März 1813, vormittags 9 Uhr, im Pfarrhaus zu Haag vorgenommenen Versteigerung werden dem Zenthschöffen und Zimmermeister Peter Badert aus Barga die Reparaturarbeiten um 928 fl zugeschlagen.

Durch das Eingreifen der Oberkirchenbehörde erfährt die Angelegenheit eine Wendung. Sie gibt unter gewissen Bedingungen bei Wertungen auf den Kontrakt vom Jahre 1740 die Erlaubnis zum Neubau. Im Frühjahr 1815 wurde mit dem Bau begonnen und derselbe im Jahre 1817 vollendet.

Nach den Eintragungen im Memorabilienbuch des Pfarrers Carl Samuel Walz, der im Jahre 1856 in Haag 86jährig starb, haben die Gemeinden Haag, Schönbrunn, Moosbrunn, Wald-Wimmersbach und Altemühl die Spann- und Handfrohnden geleistet. Der heiligen stellte den nötigen Sand, die Mauersteine, Ziegel und Backensteine. Der „Entrepreneur“ des Baues, der genannte Badert, erhielt für seine Leistungen die Summe von 3486 fl, das alte Pfarrhaus, welches er wieder für 311 fl verkaufte, mitgerechnet.

## Heimatnes der „Badischen Heimat“ in Waldshut

II.

Einer der Sachverständigen für Heimatschutz und Denkmalpflege des Landesvereins Badische Heimat, Stadtoberbaurat Dr. Schluppe, Freiburg i. Br., bestritt den zweiten Vortrag nachmittags mit drei interessanten Themen, die auch eine große Zahl auswärtiger Teilnehmer gelockt hatten. Er begann den ersten Vortrag über „Mittelalterliche Städte in Baden“ mit einer Darstellung der Siedlungsformen: der Burg, des Klosters, des Einzelgehöftes, des Dorfes im Gebirg und Nied, und der Stadt. In charakteristischer Auswahl wurden die verschiedenen Formen städtischer Siedlungen und die Abwandlung des Stadtbildes je nach der Eigenart der geographischen Lage, der geschichtlichen Entwicklung und der Lebensart der Bewohner gezeigt. Die geschichtlichen und formalen Zusammenhänge mit anderen typischen Städten der südwestdeutschen Gegend und der Schweiz wurden berührt und der Gegensatz zwischen gemauerten und begrünten Städten datgelegt.

Der zweite Vortrag, nicht minder glücklich auch in der sprachlichen Gestaltung, behandelte die

„Barocken Städtegründungen in Baden“.

Waren die Städtegründungen des Mittelalters aus fiskalischen, militärischen oder handelspolitischen Gründen zu erklären, wählten sie also entweder einen festen oder verteidigungsfähigen Platz, so suchten Städtegründer der Barockzeit die Ebene und einen bequemen Platz, in dem die Stadlanlage sich regelmäßig ausdehnen konnte, zumeist beherrscht von einem mächtigen Schloß, denn in Baden sind die barocken Städtegründungen durchweg Residenzstädte. Der „Zug in die Ebene“ ist für den Wechsel von Baden-Baden nach Rastatt, von Heidelberg nach Mannheim und von Durlach nach Karlsruhe ebenso

ausschlaggebend gewesen, wie das Streben aus der mauerumgürteten, enggedrängten hügeligen Stadt des Mittelalters mit ihren oft licht- und luftlosen Quartierungen und Wohnungen hinaus in die neue Stadt mit wohlfrümmigen Straßen und Plätzen und gesunden Wohnungen.

Ein wichtiges Thema, das die Erhaltung der alten Kunstdenkmäler und das Daseinsrecht der neuen Kunst erörterte, behandelte Dr. Schluppe im dritten Vortrag

„Denkmalpflege, Heimat und Gegenwart“.

Den schönen alten Baudenkmalern der vergangenen Kunst- und Kulturperioden drohen in der Gegenwart viele Gefahren, nicht nur die natürlichen Gefahren des Alters und Verfalls, sondern auch die schlimmeren der Geldnot in der Nachkriegszeit, die Interesslosigkeit weiter Kreise und vor allem die Kampfanfänge derer, die nur der eigenen Zeit Existenzberechtigung zuerkennen, jegliche Denkmalpflege als ein Zeichen einer schwächlichen Unselbständigkeit und eines unfruchtbaren Historizismus ablehnen. Besonders gegen diese Geisteshaltung wendete sich der Redner mit dem Hinweis, daß auch die ganz großen Künstler und Stilepochen sich um die Erhaltung der Kunstdenkmäler früherer Zeiten bemühten.

Die Einstellung Baudenkmalern gegenüber wechselte im vergangenen Jahrhundert vielfach, bald sah man in ihnen das idealisierte und daher möglichst getreu nachzuahmende Vorbild, bald nur das willkommene Objekt für kritische Zergliederung ohne innere Anteilnahme. Vielen gelten die Baudenkmäler nur als rein ästhetisch gewertete Genussmittel, wieder anderen als Gegenstand oder Teil ihrer theatralischen Dekorierungssucht. Wir heutigen denken anders. Wir fordern Lebensrecht für die Baudenkmäler und wünschen ihre Erhaltung auch um den Preis finanzieller oder sonstiger Opfer. Aber wir räumen auch der Gegenwart ein, was ihr zukommt. Wenn es sich um notwendige Erhaltungsmaßnahmen an den Baudenkmalern oder um Um- oder Neubauten in ihrer Umgebung handelt, so denkt heutzutage kein Denkmalpfleger mehr an die frühere Parole „Stillestehend und Stilleinzig“, vielmehr geht die Forderung dahin, daß das Neue sich ehrlich als Zusatz gibt, sich aber bescheiden und taktvoll einfügt. Für diese zurückhaltende Einpassung neuer baulicher Zutaten in althistorische Städtebilder, gibt es infolge der vorlauten Modernitätssucht weiter Kreise nur wenige Beispiele. Wo aber ein wirklicher Künstler am Werk ist, da entzieht ein Kunstwerk, das sich taktvoll und mit einer unbedingten Selbstverständlichkeit in den Rahmen des alten Stadtbildes einfügt. Abzulehnen ist die brutale Rücksichtslosigkeit, die das wertvolle Alte selbst unbedeutenden Neuen grundlos zu opfern bereit ist und sich mit lauter selbstherrlicher Geste neben und vor das wertvolle alte Kunstdenkmal drängt.

Rezepte für denkmalpflegerische Tätigkeit kann man nicht geben; hier ist alles abhängig von dem jeweiligen Sonderfall. Nur die großen Richtlinien liegen fest und die Grundgesetze: tiefste Ehrfurcht vor den Werken der alten Kunst, positive Einstellung zum Leben der Gegenwart, Sinn für Ein- und Unterordnung, für handwerkliche Arbeit und landschaftliche Eigenart. Auch historisches Wissen und formale Kenntnisse sind nicht zu entbehren. Und als notwendigste und schönste Eigenschaft: das künstlerische Gefühl.

Wie den großen Baudenkmalern, so droht auch dem Bild der Heimat und ihrer Landschaftsform. Die wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften haben sich nicht immer als Fortschritt erwiesen. Wenn sie mißverstanden und geistlos übernommen wurden, führten sie eine nicht wieder gut zu machende Entstellung der Heimat herbei. Dem Verlust des gesunden lebendigen Zusammenhanges mit der Überlieferung folgte eine Verbildung des Gesichts und eine Verwilderung des handwerklichen Könnens. Die schönsten Gebilde in Kleinstadt und Dorf wurden vernichtet und maßstablose Neuschöpfungen an ihre Stelle gesetzt. Diese Gebäuden sich früher in mißverständlicher Heimattümelei und neuerdings in überreifer technischer Massenvollierung. Demgegenüber gilt es, in strenger künstlerischer Zucht und mit einführender Liebe die neuen Bauaufgaben zu gestalten. Wir haben in unserer engen Heimat manche Beispiele von Bauten, die aus dieser Gesinnung heraus entstanden sind. Für die Güte der baulichen Leistung ist es nicht entscheidend, ob sie in mehr traditioneller „Einführung“ oder in nur neuzeitlich orientierter „Sachlichkeit“ gelöst ist — es muß aber ein Künstler am Werk sein, dann lenkt ein Werk von reinem Klang. Den vielen und kleinen Bauaufgaben des Alltags tut nichts so sehr not als Haltung und Zurückhaltung. Das schlimmste ist der jähe Übergang derer, die sich bisher in mißverständlicher puppiger „Heimattümelei“ im Gartenlaubestil betätigten, zu einer ebenso unsachlichen „Sachlichkeit“. Wer in der großen Landschaft unserer Heimat bauen darf, muß deren Gesetze achten und sollte zum mindesten deren Materialien kennen und verwenden.

Erläutert wurden diese Ausführungen durch Bilder von Bauten, die eine verständnisvolle Zeit grundlos verschwinden ließ, von großartigen Ruinen und stimmungsvollen Renovierungen, von verwitterten Domen und baulichen Rettungsmaßnahmen und schließlich von Bildern, die zeigten, daß die künstlerische Gestaltung der Nachbarschaft alter Baudenkmäler kaum minder wichtig ist, als die Pflege der Baudenkmäler selber. Den Schluß bildeten einige Beispiele der neuesten Baukunst, darunter Bilder von Bauten, die eine ichtüchtige und rücksichtslose, nicht einmal kurze Zeit erträgliche Pseudomodernität offenbaren, und im Gegensatz dazu einige Bilder wahrer baulicher Meisterwerke der letzten Zeit, deren zuchtvolle Form und sachliche Haltung auch die Nachbarschaft wirklich großer alter Baukunst verträgt.

Zur Illustrierung des neuen Bauens in der heimatischen Landschaft folgten Bilder aus der engeren Heimat: kleine technische Neubauten von liebevoller Durchbildung, sachliche Wohnbauten voll Charme und adliger Haltung, vorzügliche große Bauten der Technik ohne das hierbei so häufige falsche Pathos usw. Auch aus Waldshut selbst konnten schöne Beispiele gezeigt werden, so die Wiederaufstellung der alten Brunnenanlagen auf der Seltendachbrücke als Beispiel richtig verstandener Denkmalpflege, und das städtische Krankenhaus als Beispiel bester neuzeitlicher Baukunst und vorzüglicher Einpassung in das wunderschöne Landschaftsbild.

Herzlicher Beifall dankte dem Redner für seine tiefgründigen und grundlegenden Darlegungen, für sein reiches Wissen und Können, für die glänzende Form auch der Gestaltung seiner Vorträge, die Erlebnissen gleichkamen.

Druck G. Braun, Karlsruhe.